

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Christian Sterzing,
Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998
– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9013, 13/9025, 13/9026, 13/9027 –**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich Bundesministerium der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Alle Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Forschung, Entwicklung, Erprobung, Beschaffung und der Erhaltung von Landminen, Landminensystemen oder militärischer Minenräumung stehen, werden folgendermaßen gekürzt bzw. soweit es sich um Verpflichtungsermächtigungen handelt, gesperrt:

In Kapitel 14 15 – Feldzeugwesen – werden in Titel 554 02 – Beschaffung von Kampffahrzeugen – die Mittel für den Minenräumpanzer Keiler in Höhe von 43 000 TDM gesperrt.

In Titel 554 04 – Beschaffung von Munition – werden die Mittel für Minenräumleiter 80 und Panzer-Abwehr-Richtmine 1 in Höhe von 37 500 TDM gesperrt.

In Kapitel 14 20 – Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung – wird der Titel 551 01 – Wehrtechnische Forschung und Technologie – um 3 500 TDM gekürzt. Dies betrifft u. a. die Aufklärungs-Ausstattung Minensperre AAMIS.

Der Titel 551 11 – Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung – wird um 13 300 TDM gekürzt. Dies betrifft u. a. die Flächenverteidigungsmine und entwicklungstechnische Betreuung des Minenwurfsystems.

2. Die in den genannten Titeln vorhandenen Verpflichtungsermächtigungen, Minen betreffend, werden gesperrt, für bereits bestehende Verpflichtungsermächtigungen tritt die Bundesregierung unverzüglich mit den industriellen und staatlichen Ko-

operationspartnern in Verhandlung, um die Projekte zu beenden.

3. Die gesamte Summe von Ausgaben für Landminen im Einzelplan 14 in Höhe von 99 100 TDM wird zur Verwendung für humanitäre Minenräumung zweckgebunden in den Einzelplan 05 umgewidmet. Der Teilbetrag davon, der durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden ist, wird durch Ausgabenkürzungen laut dem Änderungsantrag zu den Krisenreaktionskräften gegenfinanziert.

Bonn, den 24. November 1997

Angelika Beer

Winfried Nachtwei

Christian Sterzing

Oswald Metzger

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Minen, Minenkampf und Minenräumsysteme der Bundeswehr sind integraler Bestandteil von modernen Kampfstrategien. In ihnen werden moderne Minensysteme zur Erhöhung der Flexibilität und Mobilität der eigenen Truppen eingesetzt. Dies gilt in gleicher Weise für die Kampf- wie die Räumsysteme der Bundeswehr.

Gerade nach dem Scheitern der Überprüfungskonferenz des Landminenprotokolls der VN-Waffenkonvention ist eine eindeutige Signalsetzung in Richtung Ächtung aller Landminen notwendig. Es genügt nicht, Landminentypen zu verschrotten, die für die Militärplanung der Bundeswehr irrelevant geworden sind. Der Bundesaußenminister stellt die Bundesregierung gerne als Vorreiter in der Landminenpolitik hin, verschweigt aber, daß die Bundesrepublik Deutschland selbst in der Forschung und Entwicklung von modernen Landminen führend ist.

Insbesondere vor dem Hintergrund zweier Ereignisse im Laufe des Jahres in der internationalen Minenpolitik ist eine Neuausrichtung der deutschen Landminenpolitik notwendig und läge im internationalen Trend. Zum einen ist der sog. Ottawa-Prozeß zu einem Ergebnis gekommen und kann als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer vollständigen Ächtung aller Landminen betrachtet werden. Dazu ist es allerdings notwendig, daß die Staaten, die über moderne Minensysteme verfügen und die in der Forschung führend sind, ihre Besitzstandswahrungspolitik beenden. Alle Sätze über humanitäre Politik und Motive erscheinen unglaublich, solange sie nicht auch auf Moderne Landminentypen, also auch Anti-Panzer-Minen und High-Tech-Minen angewendet werden.

Die internationale Landminenkampagne hat dieses Jahr den Friedensnobelpreis erhalten. Was jetzt not tut, sind konkrete Handlungen und nicht die Beschränkung auf Glückwunschtelegramme.

Die Bundesregierung hat ihre Landminenpolitik bislang nicht aus eigenem Antrieb, sondern aufgrund öffentlichen, internationalen Druckes angepaßt.

Diese Ausrichtung der deutschen Landminenpolitik muß geändert werden. Eine wirkliche Vorreiterrolle verlangt, daß die Bundesrepublik Deutschland auf die Forschung, Entwicklung, Erprobung und Produktion moderner Landminen verzichtet. Andernfalls drängt sich der Eindruck auf, die Bundesregierung will nur auf sowieso schon veraltete Waffensysteme verzichten.

Minenräumung muß vollständig aus dem Einzelplan 14 ausgelagert werden, denn gegenwärtig wird sie nach rein militärischen Kriterien konzipiert und durchgeführt. Der Keiler kann nur Schneisen schlagen und nicht flächendeckend räumen. Er zerstört darüber hinaus beim Räumen potentiell Ackerland, und erschwert so die Überlebenschancen der Bevölkerung. Daher ist es notwendig, Minenräumung nach zivilen Kriterien durchzuführen und in nicht-militärischen Einzelplänen zu veranschlagen.

Im Gegensatz dazu sind die im Einzelplan 05 veranschlagten Mittel für Minenräumung zu gering, insbesondere wenn man die Rhetorik der Bundesregierung berücksichtigt.

Die Bundesregierung wirkt in bezug auf eine humanitäre Landminenpolitik durch ihre Weigerung, auf moderne Landminensysteme zu verzichten wie ein Bremsblock.

